

Parolen der Alternativen Liste für den 15. Mai 2011

1a Steuergesetz (Änderung)	NEIN
1b Gegenvorschlag GLP «Eine nachhaltige Steuerstrategie»	NEIN
1c Gegenvorschlag SP «Tiefere Steuern für Familien»	NEIN
1d Stichfrage 1	Vorlage B
1e Stichfrage 2	Vorlage C
1f Stichfrage 3	Vorlage C

Die Steuergesetz-Revision will den Spitzensteuersatz für Grossverdiener (über 250'000.- Einkommen) von 13% auf 11% senken und die oberste Progressionsstufe für Multimillionäre (über 3 Mio Franken Vermögen) streichen. Für Kantons- und Gemeindesteuern zusammen bringt das einen Steuer-Rabatt von 250 Mio Franken für die Superreichen. Der Gegenvorschlag der GLP will den Spitzensteuersatz bloss auf 12% reduzieren, der SP-Gegenvorschlag ist gegen Steuergeschenke an die Superreichen und will stattdessen dem gutverdienenden Mittelstand Steuererleichterungen gewähren. Etwa die Hälfte der Steuerausfälle entfällt auf die unbestrittene Anpassung der Steuersätze an die Teuerung (Ausgleich der kalten Progression), die gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist und auch ohne Gesetzesrevision kommt.

Angesichts der anstehenden Belastungen des kantonalen Haushalts (neue Spitalfinanzierung, Sanierung Pensionskasse etc.) ist die AL der Meinung, dass im Moment neben dem Ausgleich der kalten Progression keine weiteren Steuersenkungen tragbar sind, und sagt deshalb 3 x NEIN.

Bei der Stichfrage empfiehlt die AL jeweils das kleinere Uebel, bei Frage 1 den Gegenvorschlag der GLP, bei Fragen 2 und 3 den Gegenvorschlag der SP.

2a Finanzausgleichsgesetz (FAG)	JA
2b Gegenvorschlag Junge SVP «Für ein gerechtes Finanzausgleichsgesetz»	NEIN
2c Stichfrage	Vorlage A

Das FAG ist eine ausgewogene Vorlage und verdient Unterstützung. Der Gegenvorschlag der jungen SVP will den Städten Zürich und Winterthur beim Zentrumslastenausgleich happige Beträge – 52 resp. 21 Mio Franken – streichen.

3. Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz (EG KVG) (Kürzung Prämienverbilligung) NEIN

Die Koalition der sozialen Kälte (SVP, FDP, Grünliberale) wollen den Kantonsbeitrag für die Prämienverbilligung von 100% auf 80% des Bundesbeitrags reduzieren. Damit stünden 75 Mio Franken weniger zur Verfügung. Dagegen haben AL, CVP, EVP, EDU, Grüne und SP das Referendum ergriffen. NEIN sagt auch der Gewerkschaftsbund. Mehr Infos unter : www.kvg-nein.ch

4. Volksinitiative «JA zur Mundart im Kindergarten» NEIN

5. Volksinitiative «Nein zum Sterbetourismus im Kanton Zürich!» NEIN

6. Volksinitiative zur Einreichung einer Standesinitiative «Stopp der Suizidhilfe!» NEIN

7. Volksinitiative der AL «Tragbare Krankenkassenprämien für alle (Prämienverbilligung jetzt)» JA

Im Gegensatz zur geplanten Kürzung (Vorlage) will die Volksinitiative der Alternativen Liste für 2012 den Kantonsbeitrag von 100% auf 115% des Bundesbeitrags anheben. Mehr Infos unter: www.praemienvverbilligung-ja.ch.

Zürich, 21. April 2011